

B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Rates vom 02.03.2022

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

4. Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2022

4.1 Haushaltsplanberatung - Haushalt, Stellenplan, Steuern

Vorlage Nr. AT 184/2022

Herr Groß erklärt, dass die antragstellenden Fraktionen mit ihrer Initiative zu verschiedenen Themen ein politisches Votum herbeiführen wollen und auf eine Abstimmung über den gesamten Antrag bestehen.

Ergänzt wird der Punkt, dass im Haushalt eingestellte Baumaßnahmen, für die KAG-Gebühren erhoben werden, mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Inhaltlich erläutert er zur Personalsituation in der Wohngeldstelle, dass bereits seit vielen Jahren die Bearbeitungszeiten für die Antragstellenden unzumutbar lang sind. Daher soll eine Mehrstelle eingerichtet werden. Wenn sich das Zeitfenster nach Vorliegen aller Unterlagen auf 6 bis 8 Wochen bis zum Bescheid reduziert hat, kann die Mehrstelle entfallen. Übereinstimmend mit dem Antrag von CDU/SPD ist eine personelle Verstärkung im Bereich Hochbau erforderlich. Auch hier können seit Jahren nur 60-70% der vom Rat beauftragten Maßnahmen umgesetzt werden.

Bezug nehmend auf den Verwaltungsvorschlag zu Mehrstellen im Bereich Klimaschutz ist kritisch anzumerken, dass dies vor einem Jahr von den Grünen beantragt, aber abgelehnt wurde, da zunächst eine Roadmap für den weiteren Prozess als vordringlicher angesehen wurde. In der Konsequenz ist ein Jahr für den Klimaschutz verloren gegangen.

Bürgermeister Mues wirft zum Verfahren ein, dass formal zum Stellenplan ein separater Beschluss erforderlich ist. Daher möchte er zunächst klären, ob eine Abstimmung über den politischen Antrag, der sowohl fachliche als auch stellenplanrelevante Vorschläge enthält, in Gänze möglich ist.

=> *Die Sitzung wird von 16.56 Uhr bis 17.12. Uhr unterbrochen.*

Bürgermeister Mues stellt heraus, dass eine Besonderheit in diesem Jahr darin besteht, nicht nur in der Planung, sondern auch in der Jahresrechnung ein ausgeglichenes Ergebnis vorle-

gen zu müssen. Für einen genehmigungsfähigen Haushalt muss zumindest eine schwarze Null im Ergebnis stehen. Nach Auffassung der Verwaltung sollte vor diesem Hintergrund aber auch ein Puffer vorgesehen werden, der im Antrag der sechs Fraktionen nicht enthalten ist.

Auf Nachfragen konkretisiert Herr Groß den Abschnitt betreffend die Grund- bzw. Gewerbesteuer dahingehend, dass der Hebesatz für die Grundsteuer B um 60%-Punkte erhöht und auf eine Anhebung der Gewerbesteuer in 2022 verzichtet wird.

Herr Grimm beantragt für die CDU-Fraktion geheime Abstimmung über alle Punkte.

Herr Wittenburg nimmt für die Volt-Fraktion inhaltlich Stellung und erklärt, dass für mehr Bildungsgerechtigkeit die Einrichtung einer Stelle für eine Optimierung des Angebotes in den Schulbibliotheken der Grundschulen als wichtig erachtet wird. Zur Förderung des Radverkehrs sollen die Straßenquerung auf der Haupttrasse von Geisweid nach Eiserfeld durch technische Maßnahmen erleichtert und Angsträume durch entsprechende Beleuchtung beseitigt werden. Für die im Sozialbereich aktiven Vereine werden zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt, da der Aufwand zur Armutsbekämpfung zunimmt. Eine Gegenfinanzierung ist mit der Streichung von Mehrstellen möglich. Der Sperrvermerk für den Ausbau des Kreisel Schleifmühlchen ist erforderlich, da bisher keine umfassenden Informationen über die Planung als solche und die Kosten vorliegen. Auf eine Anhebung der Gewerbesteuer wird verzichtet, um die Unternehmen angesichts der Ukraine-Krise nicht zusätzlich zu belasten. In der Gesamtbetrachtung ist es möglich, auch mit den vorliegenden Änderungsvorschlägen einen ausgeglichenen Haushalt für 2022 aufzustellen.

Herr Schiltz stellt heraus, dass der Haushaltsausgleich nicht nur im Plan, sondern letztlich auch im Ergebnis erreicht werden muss. Dafür ist nach Auffassung der SPD-Fraktion eine solide Planung mit einem Sicherheitspuffer erforderlich. Daher wird vorgeschlagen, die Grundsteuer B um 80%-Punkte anzuheben. Die Erhöhung der Gewerbesteuer dient zwar nicht dem buchhalterischen Ausgleich, wirkt sich aber positiv auf die Höhe der Liquidität aus. Die bereits zum Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen drei Mehrstellen in der technischen Gebäudewirtschaft sollen dazu beitragen, den Investitionsstau abzubauen und dem Ziel des klimaneutralen Gebäudebestandes näher zu kommen. Er betont, dass SPD und CDU-Fraktion gesprächsbereit war und diesbezüglich auch die Initiative ergriffen hatten. Dies war offenbar auf Seiten der sechs Fraktionen nicht der Fall, da die Änderungsvorschläge nicht rechtzeitig zu den Fraktionssitzungen vorgelegt wurden.

Verwaltungsseitig hält Herr Fries zu den vorgeschlagenen Stellenstreichungen, insbesondere im Bürgerbüro und im Bäderbereich, fest, dass damit unmittelbar negative Auswirkungen auf das Dienstleistungsangebot verbunden sind. Die Begründung mit der technischen Entwicklung bzw. dem Wegfall eines Bades wird kurzfristig nicht greifen.

Die FDP-Fraktion hatte zunächst eine Anhebung der Steuern abgelehnt, so Herr Walter. Angesichts des Risikos eines nicht genehmigungsfähigen Haushalts und in der Konsequenz nicht selbstbestimmt agieren zu können hat man sich aber dem Vorschlag angeschlossen.

Die Fraktion Die Linke hält grundsätzlich die Erhebung von Grundsteuern für sozial ungerecht, erklärt Herr Henning Klein, da sie alle Bürgerinnen und Bürger ungeachtet ihrer finan-

ziellen Situation trifft. Man musste jedoch erkennen, dass der Handlungsspielraum keine andere Möglichkeit eröffnet. Wichtig ist es seiner Fraktion daher, die Entscheidung auf das Jahr 2022 zu beschränken und die Hebesätze für 2023 wieder zu überprüfen.

Herr Sondermann beschreibt den Antrag als Ergebnis einer intensiven Auseinandersetzung mit dem gesamten Haushalt mit dem Ziel, einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Nach Auffassung der GfS-Fraktion hat sich speziell die Ablehnung der Beschaffung von Luftfilteranlagen in den Schulen als Fehler erwiesen. Angesichts der hohen Infektionszahlen und der Ungeimpften sowie der zwischenzeitlich fortgeschrittenen technischen Entwicklung dieser Geräte sollen für die Beschaffung Mittel bereitgestellt werden, um zumindest an den Grundschulen die Beeinträchtigung des Unterrichts zu reduzieren.

Herr Schumann hält fest, dass Haushaltsansätze von den Mitarbeitenden fachlich fundiert und überlegt vorgeschlagen wurden. In den Fachausschüssen wurden diese aber weder diskutiert noch Änderungsvorschläge vorgebracht, was als Desinteresse der Politik an der Verwaltungsarbeit verstanden werden kann. Daher wäre es zu begrüßen, wenn der Fachausschussberatung künftig wieder der ursprüngliche Stellenwert beigemessen würde.

Frau Schreiber nimmt aus fachlicher Sicht Stellung zu den Vorschlägen Schleifmühlchen und Verbesserungen für den Radverkehr. In der bereits terminierten Sitzung BA, VerKA, BezA-Ost und BezA-Mitte am 16.03.2022 werden die Ausführungspläne vorgestellt, Dauer, Zeitplan, Bauphasen und die Auswirkungen für alle Verkehrsteilnehmer werden in dieser Sitzung erläutert.

Der angeführte Ratsbeschluss vom 24.06.2015 wurde von Bündnis 90/Die Grünen auch im letzten Jahr als Argument herangezogen, um das Projekt „Kreisverkehr Schleifmühlchen“ aus dem Haushalt zu streichen. Als Begründung wurde damals angeführt, dass man keinen Erfolg sehe für den Beschluss, für den Bereich Schleifmühlchen punktuell den Verkehrsfluss zu beschleunigen und den Individualverkehr noch stärker auf die HTS zu leiten. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit (18 Stimmen dafür, 50 dagegen) abgelehnt.

Da sich an diesem erneuten Versuch Parteien beteiligt haben die kaum Vorkenntnisse zum Projekt haben, sei daran zu erinnern, dass das Schleifmühlchen seit Jahrzehnten beraten wird und Haushalte mit der Finanzierung beschlossen wurden. Nur deshalb hat die Stadt 2018 eine Fördermittelzusage in Höhe von 60 % erhalten. Fördermittel werden nur für Verbesserungen bewilligt, diese wurden der Politik mit Vorlage Nr. 1953 im Jahr 2013 auch nicht vorenthalten.

Schleifmühlchen war eine signalisierte Unfallhäufungsstelle, die am 01.11.2002 für den Ausbau der Straße „Fludersbach“ als Baustellen-Verkehrsführung umgebaut wurde. Das Provisorium und so genannte „Kminki-Ei“ (nach dem Erfinder Herrn Matthias Kminkowski benannt) wird folglich dieses Jahr 20 Jahre alt und hat sehr gute Dienste geleistet.

Da das Provisorium aber größtenteils aus den über 50 Jahre alten Knotenpunktarmen Frankfurter und Marienborner Straße besteht, muss die Substanz - wie bei jeder anderen stark befahrenen Straße auch - grundhaft erneuert werden. Der bauliche Zustand bringt die Verkehrssicherheit insbesondere für Zweiradfahrer an ihre Grenzen. Selbst punktuelle Unterhaltungsmaßnahmen an diesem verkehrswichtigen eng bemessenen Knotenpunkt unter laufendem Verkehr sind kaum zu verantworten.

Die erneute Argumentation, dass der Verkehrsfluss durch den Neubau nicht beschleunigt und der Individualverkehr nicht stärker auf die HTS geleitet würde ändert nichts an der unabweisbaren grundlegenden Sanierung des Knotenpunktes.

Der Fuß- Radweg von der Straße "An der Unterführung" zur "Friedrich-Friesen-Str." ist überwiegend im Eigentum der DB. Die Zustimmung der Beleuchtung dieses Abschnitts wurde bereits mit der DB vertraglich eingeholt. Die Beauftragung läuft, erfolgt nicht adaptiv - hilft aber gegen Angsträume und wertet den Weg auf.

Die Beleuchtung des Fuß- und Radweges von der "Heeserstr." zur Hufeisenbrücke am Hbf hat die Verwaltung in Planung. Da es mittlerweile auch Bedenken (z.B. aus einer Nachbarkommune) gibt, sollte eine adaptive Beleuchtung erstmal am Radweg Leimbachtal getestet werden.

Die Prüfung eines Fahrradschnellwegs erfolgt im Kontext mit dem Radverkehrskonzept des Kreises.

Der Vorschlag zu "An der Unterführung" zur "Friedrich-Friesen-Str." entfällt dann nach Aussage von Herrn Wittenburg.

Als Stadtkämmerer nimmt Herr Cavelius Stellung zur Ausgestaltung des Verwaltungsentwurfs und den Änderungsanträgen:

„Grundsätzlich finde ich es ganz toll, dass wir nach **acht Wochen (!)** Haushaltsberatungen und etlichen Fachausschuss-Sitzungen einen Tag vor der Ratssitzung mit Anträgen konfrontiert werden, die Beratungsfolge getreu zunächst in die jeweiligen Fachausschüsse gehört hätten. Gerade die Antragsteller haben in der Vergangenheit mehrfach versprochen, dieses Verfahren einhalten, zumindest aber die Anträge zum HFA stellen zu wollen.

Dies belegend findet heute der 21. Termin statt, den ich im Rahmen der HH-Beratungen wahrnehme. Ich habe dabei versucht, Ihnen zu vermitteln, dass dieser HH seriös nicht ausgeglichen werden kann, obwohl wir eine entsprechende rechtliche Verpflichtung haben.

Ein befreundeter Stadtverordneter, ja auch die gibt es, hat mir gesagt, er könne mich gern mal vertreten, so oft habe er meine eindringlichen Hinweise gehört.

Nunmehr aber muss ich konstatieren: entweder Sie können oder Sie wollen mich nicht verstehen! Ich wiederhole es noch einmal: dieser Haushalt ist seriös nicht auszugleichen!

Es bedarf dazu vielmehr einer Corona-Isolierung (8,8 Mio. €), einer Rückstellung bei der Kreisumlage (3,7 Mio. €) **und** der ultima ratio nämlich einer Erhöhung der Grundsteuer B um **nur** 80-%-Punkte.

Ohne die beiden erst genannten Sondereffekte hätte der Hebesatz um weitere (234 (CS) + 100 (KU) =) 334-%-Punkte auf 939 v.H. steigen müssen, um das Konsolidierungsziel zu erreichen.

Wie bereits ausgeführt, habe ich der Politik versucht zu erläutern, wie ein Haushalt zustande kommt. Die Ansätze werden ja nicht ausgewürfelt, sondern da stecken vielmehr fundierte Erkenntnisse und Überlegungen (Expertise aus den Fachabteilungen, Kenntnisse in den Prozessabläufen, Erfahrungswerte, Rechnungsergebnisse) dahinter. Insofern finde ich es schon etwas vermessen, wenn die Politik den Anspruch erhebt, Ertrags- und Aufwandserwartungen besser einschätzen zu können als die Fachverwaltungen. Die Intention zur Einführung des NKF bestätigt diese meine Auffassung.

Die Ansätze für die Bußgelder zu erhöhen, ist genauso seriös wie darauf zu vertrauen, dass die Besucherzahlen in den Schwimmbädern aufgrund eines schönen Sommers steigen werden, oder wir weniger Streusalz benötigen, weil der Winter mild ausfallen wird.

Die deutlichen Anhebungen im Bußgeldkatalog zum 01.11.2021 werden sicherlich auch erzieherische Effekte nach sich ziehen. Dazu folgendes nacktes Zahlenmaterial:

- (vorl.) Ergebnis 2021: in Summe rd. 1,24 Mio. € bei einem Ansatz von 1,5 Mio. €
- Im Entwurf HH 2022 Ansatzserhöhungen auf 1,98 Mio. €

Eine weitere Anhebung um 220 T€ erscheint daher nicht realistisch, zumal ja auch mit etwaigen Mehreträgen die zusätzlichen Stellen beim Kommunalen Ordnungsdienst refinanziert werden sollen. Eine Erhöhung der Gebühr für die Anwohnerparkplätze (zumindest für die Bestandskunden) scheidet nach dem 30.06. (neue Satzung bis dahin in Kraft?) aus.

Die Kommunalaufsicht wird selbst bei einem Plus (wie in der Verwaltungsvorlage) von gerade einmal 470 T€ (entspricht weniger als 1,5 % vom Gesamtvolumen) den Haushalt sehr kritisch würdigen. Weisen wir doch Rekordneuverschuldungen aus, die Investitionen verursachen zum Teil hohe Folgekosten und Abschreibungen. Und Mehrstellen verursachen nicht nur Personalaufwand; schließlich wollen die entsprechenden Arbeitsplätze (Sachaufwand, Miete) auch ausgestattet sein. Im Hinblick auf die Ergebnisse in der Finanzplanung sehe ich ob der mehrfach beschriebenen Risiken – nur ein Stichwort: Energiekosten - Probleme bei der HH-Genehmigung.

Im Rahmen der HH-Bewirtschaftung müssen wir schon jetzt peinlichst genau auf die Einhaltung der Budgets achten, da letztlich auch die Rechnung 2022 ausgeglichen werden muss. Wir haben schlicht und ergreifend keinerlei Puffer, um nicht die Metapher „auf Kante genäht“ bemühen zu müssen. Dies bedeutet die Verhängung von HH-Sperren und damit eine Verzögerung von Maßnahmen und Projekten.

Insbesondere müssen aber auch alle freiwilligen Leistungen (rd. 3,5 Mio. €) zunächst auf Eis gelegt werden. Kommt sicherlich gut in Zeiten von Corona!

Der Verzicht auf eine weitere Anhebung der Grundsteuer B um 20%-Punkte bedeutet in 2022 Mindereträge von 750 T€. Bei einem aktuellen Plus von 470 T€ würde ein Defizit von rd. 280 T€ entstehen. Der Haushalt wäre damit materiell nicht mehr genehmigungsfähig.

Ich fordere Sie daher auf, Ihren Widerstand gegen eine Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B um weitere 20 auf dann 80%-Punkte zum 01.01.2022 aufzugeben. Die so erreichte nachhaltige Ertragssteigerung ist mit Hinblick auf das Erreichen des Konsolidierungsziels „Haushaltsausgleich 2022“ unverzichtbar.

Dieses letztmögliche Jahr des Haushaltsausgleichs ist unbedingt einzuhalten, um nicht „in den Nothaushalt abzurutschen“, verbunden mit dem Verlust der eigenständigen Gestaltungsmöglichkeiten zur Weiterentwicklung der Stadt Siegen.

Aber auch dieses worst-case-Szenario wurde ebenso vielfach beschrieben.“

Herr Bertelmann erklärt, angesichts der sehr unterschiedlichen Grundausrichtungen der sechs antragstellenden Fraktionen, die jedoch einen gemeinsamen Vorschlag vorlegen wollten, war es nicht möglich, diesen frühzeitig einzureichen. Für die UWG-Fraktion war auch eine vorherige Abstimmung in der Fraktion wichtig. So ist es nicht die Absicht der UWG-Fraktion, die Maßnahme Schleifmühlchen aufzuhalten oder in Abrede zu stellen. Der Sperrvermerk soll vielmehr verhindern, dass bereitgestellte Mittel, wie in andern Fällen in der Vergangenheit geschehen, für andere Vorhaben eingesetzt werden. Zur Einnahmedifferenz bei der Grundsteuer B sind Vorschläge gemacht worden, wie diese anders dargestellt bzw. wo Einsparungen gegengerechnet werden können. Die Erläuterungen sind seines Erachtens schlüssig und nachvollziehbar. Daher kann er die Verweigerungshaltung von CDU und SPD nicht nachvollziehen.

Für die CDU-Fraktion führt Herr Marc Klein aus, dass Steuererhöhungen generell nicht begrüßt werden, angesichts der besonderen Erfordernisse zum Haushaltsausgleich in diesem Jahr aber als unumgänglich angesehen werden. Für die Bürgerinnen und Bürger ist der Mehraufwand auf's Jahr gerechnet vertretbar. Zu bedenken ist aber, dass auch für die Verwaltung und die gesamte öffentliche Infrastruktur die steigenden Kosten aufzubringen sind. Die weitere Entwicklung ist angesichts der aktuellen politischen Situation in Osteuropa gänz-

lich unkalkulierbar. Vor diesem Hintergrund ist eine solide mit Puffer versehene Veranschlagung vorzunehmen, um ein Abrutschen in den Nothaushalt zu verhindern.

Herr Groß nimmt Bezug auf die Ausführungen auf Verwaltungsseite und kritisiert das Verhalten gegenüber der Kommunalpolitik. Wiederholt würden Vorschläge der Politik als nicht realistisch abgetan und nur so argumentiert, dass die eigenen Projekte letztlich eine Mehrheit finden. Er stehe voll inhaltlich zu dem Antrag der 6 Fraktionen. Wenn der Bürgermeister die Behauptung aufstelle, dass der Haushalt damit nicht genehmigungsfähig sei, hat er keine Zweifel, dass dies auch möglich gemacht würde gegenüber demjenigen, der es zu genehmigen hat.

Bürgermeister Mues weist diese Vorwürfe als unglaublich zurück. Es liege im ureigensten Interesse der Verwaltung, einen insgesamt genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Vor diesem Hintergrund werden auch die Anhebung der Grundsteuer und ein Puffer vorgeschlagen. Eine inhaltliche Betrachtung der einzelnen Änderungsvorschläge und deren mögliche Folgen ist gleichermaßen Aufgabe der Verwaltung, die Bewertung und Abwägung obliegt dann der Politik.

Nach Abschluss der Aussprache stehen zunächst zur Abstimmung:

1. Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, UWG, GfS, FDP, Die Linke und Volt
2. Stellenplan
3. Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B um 60%-Punkte (Satzungsbeschluss)

Beschluss:

Die einzelnen in AT 184/2022 aufgeführten Maßnahmen sind unter den Unterziffern 4.1.1 bis 4.1.19 aufgelistet. Die Abstimmung erfolgt geheim über den Gesamtvorschlag.

Beratungsergebnis: in geheimer Abstimmung: 34 Stimmen dafür, 33 dagegen, 1 Enthaltung)

12. Rat 02.03.2022
